

# Krematorium Birten

## Zeitliche Abfolge:

- Die Stadt Xanten erteilte die Baugenehmigung für das Krematorium im Gewerbegebiet Birten im 2. Halbjahr 2016 als Geschäft der laufenden Verwaltung.
- Anlieger kritisieren die fehlende Information, im Bezirksausschuss gab es keine Angaben hierzu.
- Die Anlieger wehrten sich, der Krematorium-Neubau stieß auf Kritik.
- Die politischen Vertreter waren nicht oder nur unzureichend informiert.
- Es bildete sich eine Bürgerbewegung in Birten, die mit der Errichtung des Krematoriums nicht einverstanden war.
- Im November 2016 kamen rund 200 Bürger zu einer Bürgerversammlung in Birten, in der ein deutlicher Protest gegen den Bau des Krematoriums ausgesprochen wurde.
- Es wurde daraufhin eine nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 17. November 2016 einberufen, um den Verkauf des Grundstücks zu verhindern. Das Rathaus wurde hierfür von Hausmeistern als Sicherheitsdienst verriegelt und erstmalig für Bürger nicht zugänglich gemacht. Das Geschäft der laufenden Verwaltung wurde damit im Nachgang an die politischen Gremien „weitergereicht“.
- Entscheidung im Hauptausschuss, das Grundstück wurde verkauft.
- Über 2.500 Unterschriften wurden von der Bürgerinitiative gegen den Bau des Krematoriums gesammelt.
- Der Hauptausschuss tagte Anfang Dezember erneut. Bürgermeister Thomas Görtz konfrontierte den Hauptausschuss dann mit einer neuen rechtlichen Einschätzung. Demnach ging ein Berliner Rechtsanwalt davon aus, dass nach dem Bestattungsgesetz NRW ein Krematorium in rein privater Trägerschaft nicht zulässig ist. Der Beschluss des Hauptausschusses aus dem November sei zu beanstanden. Die Baugenehmigung wurde daraufhin widerrufen.
- Im November 2017 wurden drei Verfahren zum Thema Krematorium vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf behandelt. Die Klage des Investors gegen den Widerruf der Baugenehmigung wurde abgewiesen. Zwei Nachbarklagen gegen die Stadt wurden behandelt. Eine Klage war erfolgreich, die andere nicht.

## Stellungnahme FoX

- ☞ Wir wollen offene Bürgergespräche, eine zeitnahe Information, **vor** der Genehmigung einer umfassenden Maßnahme. Die Bürger müssen bestmöglich informiert werden.
- ☞ Die gesetzlichen Regularien wurden von der Verwaltung vor der Genehmigung nicht entsprechend überprüft. Diese Fehler sind schwerwiegend für die Außendarstellung der Stadt. Zukünftige Investoren werden abgeschreckt. Anliegende Gewerbetreibende wurden unnötig vor den Kopf gestoßen.